

Ressort: Politik

Polizeigewerkschafter fordern BAMF-Untersuchungsausschuss

Berlin, 02.06.2018, 10:05 Uhr

GDN - Führende Polizeigewerkschafter unterstützen Forderungen nach einem Untersuchungsausschuss, um die Unregelmäßigkeiten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aufzuklären. Das berichtet das "Handelsblatt".

Der Vizechef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), Sebastian Fiedler, verlangte zugleich den Einsatz eines Sonderermittlers "mit personell starkem Unterbau". Hierbei solle vorrangig untersucht werden, "welche sicherheitsrelevanten Versäumnisse entstanden sind, welche Gegenmaßnahmen einzuleiten sind und wie die Behörde künftig mit einem angemessenen Risikomanagement sowie einer wirksamen Compliance-Organisation ausgestattet werden kann", sagte Fiedler der Zeitung. Der Innenausschuss sei indes, wie Fiedler deutlich machte, nicht in der Lage, die Vorgänge im BAMF auch nur ansatzweise aufzuklären. "Vorladungen von politischen Verantwortungsträgern sind ein reines Schaulaufen, solange die Fakten nicht umfänglich auf dem Tisch liegen", sagte er. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, appellierte an die "verantwortungsbewussten Kräfte" in Union und SPD, der FDP-Forderung nach einem BAMF-Ausschuss "zum Durchbruch" zu verhelfen. Die Flüchtlingspolitik sei "längst zu einer Schicksalsfrage unseres Landes und des europäischen Kontinents geworden", sagte Wendt der Zeitung. "Deshalb wäre das Instrument eines Untersuchungsausschusses alles andere als unangemessen." Andernfalls, so Wendt weiter, sei es eine "politische Selbstverständlichkeit", dass die verantwortlichen Minister im Innenausschuss befragt werden. Auch eine Befragung von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sollte aus Wendts Sicht erwogen werden. Scharfe Kritik äußerte er in diesem Zusammenhang am früheren Koordinator der Bundesregierung für Flüchtlingspolitik und heutigen Wirtschaftsminister, Peter Altmaier (CDU). Die Art und Weise, wie Altmaier jetzt versuche, "sich in die Büsche zu schlagen und alle Verantwortung für die Vorgänge beim BAMF dem damaligen Innenminister Thomas de Maizière zuzuweisen, ist skandalös", sagte Wendt. "Jetzt so zu tun, als hätte er eher eine Zuschauerrolle gehabt, ist offensichtlich der Versuch, das Kanzleramt und damit die Bundeskanzlerin selbst aus den Vorgängen herauszuhalten." Das werde aber nicht gelingen. Altmaier komme eine "entscheidende Rolle" zu. "Von seinen Antworten wird es abhängen, ob die Bundeskanzlerin selbst auch in den Innenausschuss geladen werden muss", sagte Wendt. "Wenn Herr Altmaier weiter schweigt, führt jedenfalls kein Weg daran vorbei."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-107032/polizeigewerkschafter-fordern-bamf-untersuchungsausschuss.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com